KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD

Volksaufstand 17. Juni 1953 – Einordnung, Umgang, Konsequenzen

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Am 17. Juni 1953 kam es erstmals im sowjetischen Machtbereich in der DDR zu Massenerhebungen. Rund eine Million Menschen demonstrierten an 700 Orten in der DDR, auch auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern, für bessere Lebensbedingungen, für Demokratie, Freiheit und die deutsche Einheit. Nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht konnte der Protest gewaltsam niedergeschlagen werden. Mit dem Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wird ein zentrales Ereignis in der deutschen Demokratiegeschichte markiert.

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes durchgeführt bzw. durchführen lassen (bitte Ort, Zeitpunkt und Art der Veranstaltungen nennen)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/2434 verwiesen.

2. Welche Denkmäler oder andere Orte der Erinnerung an die kommunistische Diktatur Deutschlands gibt es in Mecklenburg-Vorpommern (bitte auflisten nach Ort und Art)?
 - a) In welchem Zustand befinden sich diese Denkmäler?
 - b) Ist die Errichtung weiterer Denkmäler geplant?

Zu 2 und a)

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/2434 verwiesen.

Zu b)

Aktuell ist landesseitig keine Errichtung weiterer Denkmäler geplant.

3. Welche Maßnahmen stellen aus Sicht der Landesregierung zukünftig ein würdiges Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sicher?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3 der Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/2434 verwiesen.

4. Hat sich die Landesregierung durch ihre Mitglieder in den Fernseh- und Rundfunkräten dafür eingesetzt, dass der 70. Jahrestag des Aufstandes im öffentlich-rechtlichen Rundfunk angemessen berücksichtigt wurde?
 - a) Wenn ja, in welcher Form genau?
 - b) Wenn nicht, warum nicht?

Zu 4, a) und b)

Die bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten angesiedelten, pluralistisch und staatsfern zusammengesetzten Rundfunkräte (bei ZDF: Fernsehrat, bei der Körperschaft des öffentlichen Rechts Deutschlandradio: Hörfunkrat) überwachen die Einhaltung des gesetzlichen Sendeauftrages. Sie sind das oberste, für die Programmkontrolle zuständige Aufsichtsgremium der jeweiligen Rundfunkanstalt. Darüber hinaus kontrollieren die Rundfunkräte die Wahrung der anerkannten Programmgrundsätze, die Mitgliederwahl zum Verwaltungsrat, die Abfassung der Jahresberichte und sind zuständig für die Genehmigung der Senderetats. Die Rundfunkräte bestimmen jedoch nicht die Programmplanung, diese ist Aufgabe der jeweiligen Intendantin/des jeweiligen Intendanten. Der Rundfunkrat berät die jeweilige Intendanz lediglich im Hinblick auf die Programmgestaltung.

5. Mit welchen Maßnahmen haben sich die Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wiedervereinigung für die Entschädigung der Opfer des SED-Regimes eingesetzt (bitte auflisten nach Art der Maßnahme und Höhe der betreffenden Investitionen)?

Die Rehabilitierung und Entschädigung von Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone oder der DDR verfolgt wurden oder Leid und Unrecht erfahren haben, ist durch Bundesgesetze geregelt, wie durch die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze von 1992 und 1994 sowie sechs Gesetze zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat mit Bundesratsinitiativen zu diesen Gesetzen beigetragen (siehe Bundesrat-Drucksachen 312/1/97, 65/10, 743/17) beziehungsweise entsprechende Initiativen unterstützt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern zahlte im Jahr 2021 an ca. 3 500 Betroffene die „Besondere Zuwendung für Haftopfer“ in Höhe von 13,8 Millionen Euro und 2022 in Höhe von 13,3 Millionen Euro. Der Bund trägt dabei 65 Prozent der Ausgaben, die den Ländern durch Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie 60 Prozent der Aufwendungen, die den Ländern durch Geldleistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und nach dem Zweiten und Dritten Abschnitt des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes entstehen. Mit Blick auf Ansprüche nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurden im Jahr 2021 seitens des Landes 46 500 Euro ausgezahlt (2022: 25 500 Euro).

6. In welchen Unterrichtsfächern wird der 17. Juni 1953 an allgemeinbildenden Schulen thematisiert?
- In welchen Fächern wird der Volksaufstand verpflichtend behandelt?
 - In welchen Fächern wird der Volksaufstand prüfungsrelevant behandelt?
 - Welcher Stundenrahmen ist für dieses Thema in welchen Klassenstufen vorgesehen?

Zu 6, a), b) und c)

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 wird in den Fächern Geschichte beziehungsweise Geschichte und Politische Bildung wie folgt explizit als Thema aufgegriffen:

- Rahmenplan Sekundarbereich I, Geschichte, gymnasialer Bildungsgang (2002), Jahrgangsstufe 10, Themenbereich: Das geteilte Deutschland – Die Entwicklung nach 1949

Obligatorisches Thema	Ziel
Herrschaftssicherung und Umgang mit der Opposition in der DDR	Am Beispiel des 17. Juni 1953 und des Wirkens des Staatssicherheitsdienstes Repressionsformen verdeutlichen.

- Rahmenplan Sekundarbereich I, Geschichte, Regionale Schule (2002), Jahrgangsstufe 9, Themenbereich: Das geteilte Deutschland nach 1949 bis zum Mauerbau 1961

Obligatorisches Thema	Ziele
Das geteilte Deutschland im Ost-West-Konflikt	Die politische, wirtschaftliche und militärische Integration in die Blöcke bis zur völligen Abschottung der DDR zum Mauerbau 1961 vergleichen.
	Die Rolle des 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte bewerten.

- Rahmenplan Sekundarbereich I, Geschichte, gymnasialer Bildungsgang, Regionale Schule, (ab Schuljahr 2023/2024 aufwachsend), Klasse 10

Thema	Inhalt
Herrschaft und Teilhabe (ca. acht Unterrichtsstunden)	Emanzipationsbewegungen und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg
	Volksaufstände im „Ostblock“

- Rahmenplan Sekundarbereich II, Geschichte und Politische Bildung (2019)

Module	Inhalte/Themenvorschlag
Basismodul: Das geteilte Deutschland zwischen Ost und West (verbindlich für alle, 22 Unterrichtsstunden)	<ul style="list-style-type: none"> - politischer Aufbau von DDR und BRD - Wirtschaftssysteme - Systemintegration und -konfrontation beider Staaten - Entspannungspolitik
Vertiefungsmodul: Opposition und Widerstand (Leistungskurs, ca. zehn Unterrichtsstunden)	17. Juni 1953

Zudem erfolgt hier eine Empfehlung für Verknüpfungen mit Modulen anderer Semester (Freiheit und Partizipation, Beharrung und Wandel, Demokratiekonzepte, Religion und Macht, Menschen- und Bürgerrechte, Ökonomie und Gesellschaft, Transformationsprozesse nach 1990 sowie der fachübergreifende beziehungsweise fächerverbindende Hinweis zum Rahmenplan Philosophie, Thema: Freiheit und Verantwortung.

Gemäß § 8 Absatz 1 der Abiturprüfungsverordnung Mecklenburg-Vorpommern bilden neben den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz einschließlich der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife oder der „Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung“, die geltenden Kerncurricula und Rahmenpläne die Grundlage für die Unterrichtsgestaltung und die Abiturprüfung. Demzufolge sind die oben aufgeführten verbindlichen Inhalte in dem Rahmen auch prüfungsrelevant, sofern keine anderweitige Regelung durch die jeweiligen Vorabhinweise der obersten Schulbehörde erfolgt ist. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 7 der Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/2434 verwiesen.

7. Inwiefern werden die Gefahren der sozialistischen und kommunistischen Ideologie an den allgemeinbildenden Schulen verpflichtend und prüfungsrelevant thematisiert und problematisiert?
- a) Inwiefern werden die konkreten historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die aus diesen Ideologien erwachsen, thematisiert?
 - b) Inwiefern werden die ideellen Grundlagen dieser Ideologien kritisch beleuchtet?
 - c) In welchem Stundenrahmen werden diese Ideologien in welchen Klassenstufen behandelt?

Zu 7, a), b) und c)

Ideologien und Gesellschaftsvorstellungen werden insbesondere in den Fächern Geschichte und Politische Bildung sowie Sozialkunde thematisiert.

Im Fach Geschichte und Politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe (Klassenstufen 11/12 mit Prüfungsrelevanz) erfolgt dies im Zusammenhang mit anderen zentralen Konzepten jeweils in den Modulen Demokratiekonzepte, Soziale Frage und Menschenrechte. Die Auswahl der konkreten fachlichen Inhalte bezieht sich auf diese Konzepte. Sie bezeichnen zeitübergreifende (fach-)spezifische Begriffe wie zum Beispiel Revolution, soziale Sicherung, Menschenrechte, Populismus. Über den historischen Vergleich der den Begriffen zugrundeliegenden zeit-spezifischen Setzungen sind diese Begriffe als nicht starr, sondern als wandelbare Konzepte nachzuweisen. Alle Module sind zu behandeln.

Im Fach Sozialkunde im Sekundarbereich I kann die Thematisierung von Ideologien beispielsweise im Zusammenhang mit dem Vergleich der Wahlsysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erfolgen (Klassenstufe 9, Thema: Staatliche Organisation und politische Prozesse; Inhalt: Wahlen; Hinweis: Vergleich Wahlsystem BRD – DDR).

Im neuen Rahmenplan Sozialkunde für den Sekundarbereich I (ab Schuljahr 2023/2024 aufwachsend) können anhand der empfohlenen Methode des „Planspiel[s] Insel“ bereits in Jahrgangsstufe 7 unterschiedliche Gesellschaftsformen und Ideologien thematisiert und in der Folge in höheren Klassen exemplarisch vertieft werden.

Im Sozialkunde-Unterricht der gymnasialen Oberstufe (Klassenstufen 11/12) können beim Thema „Politische Systeme“ Fragen der Legitimation von Herrschaftsformen (Grundkurs/Leistungskurs) und der Staatsphilosophie (Leistungskurs) bei Auswahl des entsprechenden Sachverhaltes bearbeitet werden.

Im Fach Geschichte im Sekundarbereich I sind folgende Themen in den Rahmenplänen explizit ausgewiesen:

- Rahmenplan Geschichte, Sekundarbereich I, Gymnasium (2002), Jahrgangsstufe 9, Themenbereich: Europa und die Welt

Thema	Ziel
Die Entwicklung zum Stalinismus	Die Ansprüche der sozialistischen Revolution mit der Wirklichkeit der totalitären Herrschaft unter Stalin vergleichen.

- Rahmenplan Geschichte, Sekundarbereich I, Regionale Schule (2002), Jahrgangsstufe 10, Themenbereich: Russland zwischen Zarismus und Perestroika

Thema	Ziel
Die Sowjetunion unter Stalin	Das totalitäre System des Stalinismus erkennen und die Parallelen zur Entwicklung in der SBZ und frühen DDR verdeutlichen.
Perestroika – das Ende einer Supermacht	Aus den Schwierigkeiten der gesellschaftlichen Umgestaltung in der ehemaligen Sowjetunion die politischen und wirtschaftlichen Chancen der Nachfolgestaaten diskutieren.

Die jeweiligen Rahmenpläne basieren auf den in der Verordnung über die Kontingenzstundentafeln an den allgemeinbildenden Schulen (Kontingenzstundentafelverordnung – KontStTVO M-V) ausgewiesenen Stundenangaben. In den neuen Rahmenplänen der Fächer Geschichte und Sozialkunde im Sekundarbereich I (aufwachsend ab Schuljahr 2023/2024) sind den einzelnen Themenbereichen oder Modulen jeweils konkrete Stundenzahlen zugeordnet.

Im Sekundarbereich II sind folgende Stundenzahlen konkret ausgewiesen:

- Rahmenplan Sozialkunde für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe (2019), Semesterthema: Politische Systeme, Grundkurs: 30 Unterrichtsstunden, Leistungskurs 75 Unterrichtsstunden für das gesamte Semesterthema.
- Rahmenplan Geschichte und Politische Bildung für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe (2019):
 - Modul: Demokratiekonzepte (ca. zehn Unterrichtsstunden)
 - Modul: Menschenrechte (ca. acht Unterrichtsstunden)
 - Basismodul: Demokratie und Diktatur (30 Unterrichtsstunden Grundkurs/50 Unterrichtsstunden Leistungskurs).

Alle Rahmenpläne sind auf dem Bildungsserver unter <https://www.bildung-mv.de/schueler/schule-und-unterricht/faecher-und-rahmenplaene/> veröffentlicht.

Die konkrete Umsetzung des Unterrichtes erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen Rahmenpläne und liegt bezüglich des Umfangs und inhaltlicher Tiefe in der didaktisch-pädagogischen Verantwortung der Lehrkräfte gemäß § 100 Absatz 2 des Schulgesetzes Mecklenburg-Vorpommern. Die kritische Reflexion (Beurteilung, Bewertung) gehört dabei zu den Standardanforderungen der Arbeit in den Fächern Geschichte und Politische Bildung sowie Sozialkunde. Durch die Einhaltung der Kriterien des Beutelsbacher Konsenses, insbesondere des Überwältigungsverbot und des Kontroversitätsgebotes, wird gewährleistet, dass sich Schülerinnen und Schüler auf Basis einer faktenbasierten Argumentation und Bewertung ein eigenes Urteil bilden können. Der Beutelsbacher Konsens ist dabei an Ziele und Werte des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gebunden. Politische Positionen, die zum Beispiel der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen, sind hiermit nicht abgedeckt.